

FDP Wetterau

AUFNAHME VON FLÜCHTLINGEN AUS AFGHANISTAN IM WETTERAUKREIS GEHÖRT IN EIN GESAMTKONZEPT

05.10.2021

„Die schwarz-rote Bundesregierung hat in Afghanistan versagt und trägt die volle Verantwortung für die fehlerbehaftete Außenpolitik. Die erschütternden Bilder, die uns in Deutschland erreicht haben, bewegen uns noch immer. Viele Menschen wollen auch noch heute aus dem Land fliehen und suchen Schutz“, stellt der Wetterauer FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn fest.

Aus diesem Grund haben die Liberalen einen eigenständigen Änderungsantrag zur Kreistagssitzung am Mittwoch eingereicht. Darin soll der Kreistag es begrüßen, dass sowohl das Land Hessen als auch der Wetteraukreis die grundsätzliche Bereitschaft erklärt hat, aus Afghanistan geflüchtete Menschen, insbesondere auch politisch Verfolgte und Ortskräfte aufzunehmen. In diesem Zusammenhang soll nach Ansicht der Liberalen in dem zuständigen Ausschuss des Kreistages einen umfassenden und konkreten Bericht über die aktuelle Lage bei der Unterbringung aller dem Wetteraukreis zugewiesenen Flüchtlingen erteilt werden. Bestandteil dieses Berichts sollen nach Meinung der Freidemokraten die Standorte der Einrichtungen mit der Anzahl der Bewohner und die noch freien Kapazitäten, und eine Aufstellung der Kosten im Jahre 2020 sein. Entgegen dem landesweit von den grünen Kommunalfraktionen geforderten Sonderfragen der Betreuung afghanischer Flüchtlinge müsse Frankfurt und in der Wetterau durch den Kreisausschuss ein Gesamtkonzept vorgelegt werden. „Jeder in der Wetterau anreisende Flüchtling hat ein besonderes Schicksal. Das muss alles gemeinsam bedacht, organisiert und dann umgesetzt werden. Und dazu zählt auch die Verwirklichung des einmütigen Beschlusses des Kreistags, dass die Unterkünfte sämtlichst vom Wetteraukreis selbst betrieben werden“, stellte der FDP-Fraktionschef Hahn fest.

"Wir können nicht tatenlos zusehen, was gerade in Afghanistan passiert. Noch immer hoffen in Afghanistan Ortskräfte und Verfolgte darauf, von Deutschland und anderen Ländern aufgenommen zu werden. Das Chaos aus dem Jahr 2015 darf sich nicht wiederholen. Der Wetteraukreis sollte sich nun strukturiert vorbereiten und die Aufnahme von geflüchteten Afghanen in geregelten Verfahren in Zusammenarbeit mit dem Land Hessen ermöglichen“, so die sozialpolitische Sprecherin der FDP im Kreistag, Andrea Rahn-Farr abschließend.